

14.06.2021

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 5329 vom 4. Mai 2021
des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD
Drucksache 17/13610

Wie unterstützt die Landesregierung das Projekt „LOOP - Klimaschutz und Ressourceneffizienz durch Kreislaufwirtschaft“ im Rahmen des Strukturwandels?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Transformation zu einer CO₂-freien Wirtschaft und Industrie ist eine große Herausforderung. Gelingt es, kann das Rheinische Revier Vorreiter für ein neues Industriezeitalter sein. Wir müssen den klimaneutralen Umbau forcieren und hier Fahrt aufnehmen. Wir müssen für diesen Umbau die Mittel des Bundes aus dem Investitionsgesetz Kohleregionen nutzen. Die Initiatoren des Projekts „LOOP - Klimaschutz und Ressourceneffizienz durch Kreislaufwirtschaft“ haben bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier Förderanträge gestellt, damit die Transformation in der Aluminiumindustrie gelingt.

Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie hat die Kleine Anfrage 5329 mit Schreiben vom 14. Juni 2021 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

Vorbemerkung der Landesregierung

Es ist nicht zutreffend, dass die „Initiatoren des Projekts „LOOP - Klimaschutz und Ressourceneffizienz durch Kreislaufwirtschaft“ (...) bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier Förderanträge gestellt“ haben. Vielmehr haben sie im Rahmen des sogenannten „Sterneverfahrens“ des Aufsichtsrates der Zukunftsagentur Rheinisches Revier Projektskizzen eingereicht. Beim Sterneverfahren handelt es sich um ein Qualifizierungsverfahren zur Auswahl von Projekten für den Strukturwandel, das vor dem eigentlichen Antragsverfahren stattfindet.

1. *Wie bewertet die Landesregierung das Projekt?*

Die Landesregierung begrüßt das auf die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Vorhaben und hat die Förderwürdigkeit mit der Empfehlung für die Vergabe des zweiten Sterns bestätigt. Das Vorhaben weist erhebliche Ressourcen- und Energieeffizienzpotentiale für die Aluminiumherstellung am Standort Nordrhein-Westfalen auf.

Datum des Originals: 14.06.2021/Ausgegeben: 18.06.2021

2. **Wann erwartet die Landesregierung die Vergabe des dritten Sterns durch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier?**
3. **Wie wird sich die Landesregierung für die Umsetzung des Projekts einsetzen?**

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für die Umsetzung des Vorhabens hat die Landesregierung zwecks Identifikation eines Förderzugangs bereits Gespräche mit der Bezirksregierung Köln und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit geführt. Zur erfolgreichen Identifikation eines Förderzugangs sind auf Grund der Komplexität der fördertechnischen Fragen jedoch weitere, konkretisierende Gespräche erforderlich. Hierzu ist das zuständige Fachressort der Landesregierung im Austausch mit den Initiatoren des Projektes. Die Vergabe des dritten Sterns durch den Aufsichtsrat der Zukunftsagentur Rheinisches Revier ist von diesen Gesprächsergebnissen abhängig.

4. **Wie viele direkte bzw. indirekte Arbeitsplätze stehen im Rheinischen Revier im Zusammenhang mit der Aluminiumindustrie?**

Nordrhein-Westfalen ist sowohl bei der Erzeugung von Aluminium als auch in der Fertigung von Halbzeugen ein bedeutender Standort. Entsprechende Zahlen liegen auf regionaler Ebene nicht vor, stattdessen werden die Werte für ganz Nordrhein-Westfalen angegeben: In Nordrhein-Westfalen sind etwa 45.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt in der Aluminiumindustrie beschäftigt. Rund 41 % des deutschen Branchenumsatzes, zirka acht Milliarden Euro, wurden 2019 in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet.

5. **Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Unterstützung des Transformationsprozesses in der Aluminiumindustrie?**

Die Gestaltung des Transformationsprozesses ist zuvorderst eine Aufgabe der Unternehmen. Die Landesregierung begleitet und unterstützt die Aluminiumwirtschaft in Nordrhein-Westfalen bei diesen Prozessen sowie bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz.

Über das Instrument „Branchendialog“ ist das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie im engen Austausch mit der Aluminiumindustrie.

Im Rahmen der Landesinitiative IN4climate.NRW unterstützt die Landesregierung Unternehmen aus der nordrhein-westfälischen Aluminiumbranche sowie aus anderen Industriebranchen dabei, die Transformation in eine treibhausgasneutrale Wirtschaftsweise bei gleichzeitigem Erhalt bzw. Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit zu meistern. Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Kommunikation mit dem Bund und der EU zu relevanten Fördervorhaben, beispielsweise im Rahmen des EU-Innovationsfonds.

Unternehmen der Aluminiumindustrie zählen zur Zielgruppe der NRW-Förderprogramme in den Bereichen Klimaschutz, Innovation und Energieforschung. Fördermittel für die Aluminiumindustrie finden sich u.a. im Bereich der Regionalen Strukturförderprogramme und dem EFRE-Programm. Verwiesen sei hier beispielsweise auf das Projekt „FlexTherm“, bei dem zwischen 2017 und 2020 eine Produktionslinie zur Herstellung von Primäraluminium bei der Fa. TRIMET auf einen flexiblen Produktionsbetrieb umgerüstet wurde und seitdem als eine „virtuelle Batterie“ arbeitet.

Ziel ist es, die Nominalleistung der Linie von ca. 90 MW um bis zu $\pm 25\%$ zu variieren, um je nach Versorgungssituation im Netz bis zu 22 MW Leistungsüberschuss aufzunehmen bzw. bei Versorgungsengpässen durch Drosselung der Produktion dem Netz zur Verfügung zu stellen. Generiert werden kann so ein Lastverschiebepotenzial von bis zu 1.000 MWh.

Dem Projekt „Flex-Therm“ kommt insbesondere für das industriell geprägte NRW eine besondere Bedeutung zu. Denn mit diesem Projekt wird eine Option aufgezeigt, wie unmittelbar im Prozess der Aluminiumherstellung und insofern in einem Kernbereich der stromintensiven Industrien eine erhebliche CO₂-Minderung herbeigeführt werden kann.

Die im Rahmen der industriellen Transformation benötigten Fördermittel überschreiten aber oftmals die finanziellen Möglichkeiten des Landes, so dass bei größeren Vorhaben insbesondere die Fördermittel auf Bundesebene und der Ebene der EU in Betracht kommen.